

EDITORIAL

Die vorliegende Ausgabe des Nordost-Archivs dokumentiert die Ergebnisse eines sechsjährigen Forschungsprojekts des Historischen Instituts der Universität Tallinn, das die Wissenschaftsförderung der Republik Estland unter dem Titel „Kohanemine modernusega: Eesti ühiskonna vastus poliitilistele, sotsiaalsetele, majanduslikele ja kultuurilistele väljakutsetele transformatsiooni aegadel (16.–20. sajand) – Adapting to modernity: The Estonian society’s response to political, social, economic and cultural challenges in times of transformation (16th–20th centuries)“ von 2009 bis 2014 unterstützt hat.¹ Es ist müßig, sich an dieser Stelle über die Förderungsbedingungen auszulassen, die im Bereich der Geisteswissenschaften in Estland nahezu ausschließlich durch staatliche Geldzuweisungen geschaffen werden. Da es keine langfristige institutionelle finanzielle Unterstützung gibt, weder von staatlicher noch von universitärer Seite, bedeutet Projektförderung zugleich Erhaltung von wissenschaftspolitisch erwünschten Instituten. Dass es dabei oft nicht auf die einzigartige Qualität eines Projektantrags, sondern ebenso auf die wissenschaftsstrategische Bedeutung – gesetzt den Fall, es gibt eine solche Strategie – eines Instituts ankommt, ist wohl eine notwendige Konsequenz dieser Ausgangslage. Allerdings heißt dies auch, dass nicht etwa das Projektthema die Auswahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bestimmt, sondern die persönlichen Kompetenzen der Kollegen eines Instituts in ein gemeinsames Oberthema einfließen. Dass solch ein *umbrella*-Projekt nicht notwendigerweise qualitativ hinter thematisch enger gebündelten Kooperationen zurückstehen muss, soll die Zusammenstellung der für diese Ausgabe des Nordost-Archivs verfassten Texte demonstrieren.

Hieraus ergibt sich auch die ungewöhnlich weite zeitliche Ausrichtung des in dieser Einführung vorgestellten Projekts: Da die Abteilung für Geschichte des Tallinner Historischen Instituts auch im Interesse der universitären Lehre neben den eigenen Abteilungen für Archäologie und Kunstgeschichte die „ganze“ Geschichte der Region abzudecken bestrebt ist, reicht auch das individuelle Forschungsinteresse vom ausgehenden Mittelalter bis zum 20. Jahrhundert.

Die politischen Veränderungen in Osteuropa am Ende des 20. Jahrhunderts haben unter der Rubrik der „Transformationsstudien“ eine wissenschaftliche Reaktion produziert, deren Resultate ihr Augenmerk nicht mehr so sehr auf die *longue durée* von historischen Phänomenen und Strukturen legen, sondern den Umbruch, den plötzlichen Wechsel politisch-sozialer Rahmenbedingungen thematisieren.² Dadurch eröffnet sich der Blick auf historische Veränderungen, welche auf einem gegebenen Territorium im Kontext einer vergleichenden diachronen Geschichte untersucht werden können. Die im Rahmen einer synchronen Transformationsgeschichte der letzten Jahrzehnte herausgehobene Rolle der baltischen Staaten als einzige ehemalige Sowjetrepubliken, die heute der NATO und der EU angehören,³ ist

1 Die Förderung auch dieses Beitrags läuft unter der Projektnummer SF 0130038s09.

2 Wolfgang Merkel: Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, Opladen 1999; David Lane (Hrsg.): The Legacy of State Socialism and the Future of Transformation, Lanham 2002.

3 David J. Smith (Hrsg.): The Baltic States and their Region. New Europe or Old?, Amsterdam 2005; Richard M. Mole: The Baltic States From the Soviet Union to the European Union. Identity,

nur das jüngste Kennzeichen radikaler Veränderungen in diesem Raum, welcher schon seit dem Mittelalter kontinuierlich Schauplatz historischer Prozesse des politischen, sozialen und kulturellen Wandels gewesen ist. In einer Welt nach diversen „turns“ scheint die klassische Vorstellung einer kontinuierlichen Modernisierung menschlicher Gemeinschaften gegenüber den außerordentlich beständigen kulturellen Traditionen und der Bedeutung überkommener Werte nicht mehr in Einklang zu bringen zu sein. Die historische Entwicklung bestimmter Gesellschaften wie der in der Region der heutigen baltischen Staaten kann nur vor dem Hintergrund eines komplexen Rasters von Herausforderungen und Antworten auf Wandlungsprozesse verstanden werden, die selten linear verlaufen.⁴

Die historischen Gesellschaften auf dem Gebiet, das üblicherweise als „Estland“ bezeichnet wird – ein Terminus, der in der Vergangenheit territorial keineswegs einheitlich war –, haben zahlreiche Veränderungen in ihren politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Rahmenbedingungen erlebt. Die diversen sozialen und/oder ethnischen Gruppen nutzten im Laufe der Zeit unterschiedliche Strategien, um sich an veränderte Umstände anzupassen. Im 20. Jahrhundert allein gab es drei als revolutionär zu bezeichnende Umbrüche: a) die politische Etablierung von Nationalstaaten 1918/20, die zugleich einen entscheidenden Wandel der sozialen und wirtschaftlichen Rahmen, aber auch der kulturellen Praktiken nach sich zog; b) die sowjetische Okkupation und schließlich Annexion im Sommer 1941, welche erneut einen sich über Jahre hinziehenden, oft von Gewalt begleiteten Adaptionsprozess an die sowjetische Ordnung bedeuteten; c) die osteuropäische Wende infolge der Implosion der Sowjetunion, die zwar eine oft proklamierte Rückkehr zur „Normalität“ bedeutete,⁵ aber doch erhebliche Umbrüche im Leben der Länder und ihrer Bevölkerungen nach sich zog. Wenn man dann noch in Betracht zieht, dass allein der Wandel der Jahre 1988 bis 1991 weitgehend gewaltlos ablief, ist eine weitere Komponente des Problems der Transformation benannt – Gewalt als historische Begleiterin weitgreifender, oftmals revolutionärer Umgestaltungsprozesse, die sich, zumindest an der Oberfläche der politisch-sozialen Strukturen, in einem vergleichsweise kurzen Zeitraum abspielten.

In der Geschichte hat es aber nicht nur solche abrupten Veränderungen gegeben, die ja selbst schon einen meist weitaus länger währenden kulturellen Adaptionsvorgang auslösten – man denke nur an den raschen Sieg der Reformation in den baltischen Hansestädten, deren Einwurzelung unter der Lokalbevölkerung eher in Jahrhunderten als in Dezennien zu messen sein dürfte. Zu diesen längerfristigen Veränderungen gehören Phänomene wie die Industrialisierung der Region oder der Prozess der zeitlich weitgehend parallel verlaufenden Ethnisierung der Aushandlung politischer Optionen unter den diversen nationalen Gruppen. In ihrer eindrucksvollen Monografie hat Heide W. Whelan z.B. den langwierigen Prozess des „Adapting to Modernity“ des deutschbaltischen Adels analysiert. Dabei identifizierte die Autorin wirtschaftliche, soziale und politische Herausforderungen der Modernisierung im 19. Jahrhundert, auf die der Adel mit diversen Selbsterhaltungsstrategien reagierte, um

Discourse and Power in the Post-Communist Transition of Estonia, Latvia and Lithuania, London u.a. 2012.

4 Ronald Inglehart, Christian Welzel: *Modernization, Cultural Change, and Democracy. The Human Development Sequence*, Cambridge 2005.

5 Zu dieser „Normalität“ siehe Daina Stukuls Eglitis: *Imagining the Nation. History, Modernity, and Revolution in Latvia*, University Park, PA 2002.

seinen sozialen Status zu sichern.⁶ Notwendigerweise verlangt jede Transformationsperiode andere Strategien seitens der verschiedenen Segmente der Bevölkerung, seien es Bauern oder Adlige, Kaufleute oder *literati*, Esten bzw. Letten oder Deutsche, Frauen oder Männer. Eine nähere Analyse dieser individuellen Anpassungsstrategien kann zu einem breiteren Verständnis der Gesellschaft Estlands im Laufe ihrer Entwicklung über die Jahrhunderte führen.

Es sei an dieser Stelle nur kurz auf die in den einzelnen Artikeln angesprochenen Perioden des Wandels eingegangen. Zunächst ist es Priit Raudkivi ein Anliegen, die Reaktion der livländischen Mächte zwischen der Einführung der Reformation in den Städten und dem Ausbruch des Livländischen Krieges 1558 in einen näheren Zusammenhang zu stellen. Seiner Ansicht nach hätte eine adäquate Reaktion der katholischen Mächte auf die Reformation die lokalen Kräfteverhältnisse unabhängiger von der päpstlichen Kurie gestalten können. Die Rhetorik des Ordens, in der Livland als christlicher Vorposten gegenüber Russland erschien, war Raudkivi zufolge in erster Linie eine Strategie der Bewahrung des *Status quo*, die auch dem – wahrscheinlich utopischen – Zweck diente, das Reich an sich zu binden. So habe sich infolge der Reformation unter den livländischen Lokalmächten ein Zustand des gegenseitigen Misstrauens herausgebildet, welcher keinen Raum mehr ließ, um geschlossen gegen Ivan IV. aufzutreten.

Inna Pölsam-Jürjo untersucht die Reaktion lokaler Faktoren in der Kleinstadt Neu-Pernau auf die nach Beendigung des Livländischen Krieges begonnene polnische Herrschaft und die von dieser zumindest ideell eingeleiteten Gegenreformation. Letztlich hielt sich der offizielle Rekatholisierungsdruck jedoch in Maßen, weshalb in der Stadt sogar eine neue protestantische Kirche errichtet werden konnte. Allerdings bleibt der Autorin zufolge ein erhebliches Maß an individueller religiöser Intoleranz zu konstatieren, weshalb z.B. die Lage des katholischen Klerus in Neu-Pernau nicht beneidenswert war. Gerade jedoch die wirtschaftlichen Aktivitäten der Bürger sieht Pölsam-Jürjo als wesentliches Anzeichen für deren erfolgreiche Anpassung an die Realitäten unter der neuen Herrschaft.

Einen weiteren Einblick in die – langfristigen – Folgen der Reformation bieten die Ausführungen von Aivar Pöldvee. Unter dem sprechenden Titel „Langsame Reformation“ beschreibt er den Jahrhunderte währenden Prozess der Lutheranisierung der lokalen Bevölkerung, der nicht zuletzt durch die erheblich verzögerte Adaption der Pastoren, die erst ab der Mitte des 17. Jahrhunderts mehrheitlich in der Lage waren, in den Sprachen ihrer „Schäfchen“ zu predigen, behindert wurde. Erst zu dieser Zeit wurde auch der Schriftsprache eine volkstümlichere Form gegeben, durch die die Alphabetisierung der estnischen bäuerlichen Bevölkerung erleichtert wurde. Erst als der Glaube auch von Esten, oftmals außerhalb des Rahmens der offiziellen Kirche, gepredigt wurde, verbesserten sich auch die Voraussetzungen für die Annahme der Lehren Luthers unter der Lokalbevölkerung.

Gute 200 Jahre später wurde Bildung zu einem wesentlichen Faktor der Auseinandersetzung mit einer aus St. Petersburg vorgeschriebenen Schulreform, mit der sich Väino Sirk auseinandersetzt. Führen die maßgeblichen lokalen Persönlichkeiten und Institutionen zunächst eine Strategie der Anpassung und des passiven Widerstands gegen die Reformen, erwuchs sich daraus infolge der Revolution von 1905/06 eine scharfe Konfrontation mit der

6 Heide W. Whelan: *Adapting to Modernity: Family, Caste and Capitalism among the Baltic German Nobility*, Köln u.a. 1999.

Regierung. Auch wenn zeitgleich die generellen estnischen und deutschbaltischen Ziele für eine Autonomie des Gouvernements Estland unter dem Einfluss des Nationalismus kaum mehr als vereinbar erscheinen konnten, blieb doch stets ein gemeinsamer Nenner in den jeweiligen Visionen für ein zukünftiges Bildungssystem. Ob eine konstruktivere russländische Nationalitätenpolitik hier einen Raum für Aushandlungen im lokalen Rahmen hätte schaffen können, muss jedoch Spekulation bleiben.

Mit der Frage, inwieweit sich die Orthodoxe Kirche, die seit der Konversionsbewegung in den 1840er Jahren auch in den Ostseeprovinzen zu einem lokalen Faktor geworden war, an die Bedingungen der Region anzupassen bereit war, untersucht Karsten Brüggemann. Ihm zufolge war es eine Mischung aus verschiedenen Faktoren – das gestiegene Bewusstsein für den imperialen Auftrag der Staatskirche im russischen orthodoxen Klerus, die erheblichen Unterschiede im sozialen Profil der orthodoxen Priester im Vergleich zu den (studierten) lutherischen Pastoren, aber nicht zuletzt auch das wachsende Empfinden der eigenen kulturellen Herkunft unter den orthodoxen Priestern estnischer und lettischer Herkunft – die am Ende der Herrschaft Alexanders II. zu ethnisch grundierten Konflikten innerhalb der lokalen Orthodoxie führte. Nachdem die „orthodoxe Offensive“ der späten 1880er und 1890er Jahre unter Alexander III. – repräsentative Kirchenneubauten, Klostergründungen, erhebliche Investitionen in die baltische Orthodoxie etc. – keineswegs zu einer weiteren Verbreitung des „Zarenglaubens“ geführt hatte, lassen sich aus offiziellen Verlautbarungen der Kirche zu Beginn des 20. Jahrhunderts einige Zugeständnisse an die lokalen Bedingungen herauslesen, die jedoch nicht unbedingt maßgeblich für das Verhalten individueller Amtsträger waren.

Auch Toomas Karjahärm hat den weiteren imperialen Rahmen im Blick, wenn er sich mit den Umwälzungen der Revolution von 1905/06 beschäftigt. Dabei widmet er der Rolle der Gewaltanwendung auf beiden Seiten die notwendige Aufmerksamkeit, um die Probleme deutlich zu machen, welche die Anpassung an die postrevolutionäre Phase bei Esten und Letten auf der einen sowie den Deutschen und der Staatsmacht auf der anderen Seite mit sich brachte. Dass selbst die gemäßigten estnischen Politiker bereit waren, im Herbst 1905 zumindest von einem passivem Widerstand gegen das Imperium zu sprechen, zeigt nicht nur den massiven Vertrauensverlust, mit dem die Autokratie umzugehen hatte, sondern auch, dass Gewalt kein Monopol der radikalen Kräfte war. Gewalt als Strategie, Veränderungen zu erreichen, auch das macht der Autor deutlich, führte in diesem Fall jedoch nur zu noch mehr Gewalt von Seiten des Staates. Aber auch das war kein isoliertes Problem der Ostseeprovinzen, sondern trug reichsweit zum Niedergang der Herrschaft Nikolajs II. bei.

Aivar Jürgenson widmet sich dem Phänomen der massenhaften Auswanderung aus Estland in der zweiten Hälfte des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Dabei untersucht er anhand der Presse den Prozess der allmählich zunehmenden Akzeptanz der Auswanderung in der Gesellschaft. Die Konzentration auf das sich wandelnde Verständnis von „Heimat“ bietet ihm die Möglichkeit, eine konservative Position zu identifizieren, welche kollektive Traditionen und die Frage der Identität in den Vordergrund stellte und Auswanderung als Verrat an dieser Heimat ablehnte. Eine liberalere Position, die sich allmählich herausbildete, argumentierte demgegenüber, dass die Menschen von den Bindungen an ihre Heimat frei würden, sobald diese Heimat ihrerseits ihre Verpflichtungen nicht mehr erfüllte, also einer selbstbestimmten Entwicklung im Wege stand. Nur diese Sichtweise hielt Auswanderung für eine akzeptable Strategie, um unter den Herausforderungen des ökonomischen Wandels in einem erweiterten, imperialen territorialen Rahmen zu bestehen.

Die Außenpolitik der baltischen Staaten in den Monaten der Tschechoslowakischen Krise 1938, das Thema des Beitrags von Maguns Ilmjärv, spiegelt einen wichtigen Anpassungsprozess an die kontinentaleuropäischen Veränderungen während der Phase des britischen und französischen *appeasement*: In ihrem Verlauf wandten sich die ostmitteleuropäischen Kleinstaaten von der Idee der kollektiven Sicherheit und den vermeintlichen Garantien des Völkerbund-Systems ab und entschieden sich für eine Neutralitätspolitik, mit der sie letztlich jedoch die Chance verspielten, im Ernstfall Unterstützung von außen zu erhalten. Anhand umfangreicher Archivalien aus diversen Ländern – zumeist diplomatischer Schriftverkehr – vermag der Autor die außenpolitischen Zwänge und innenpolitischen Strategien herauszuarbeiten, die in solch eine selbstisolierende Haltung zur internationalen Lage mündeten.

Schließlich beschreibt Maie Pihlamägi die Herausforderungen der Destalinisierung auf wirtschaftspolitischem Gebiet, indem sie sich mit der Einführung des Volkswirtschaftsrats (*sovnařhoz*) in der Estnischen SSR und der angestrebten Dezentralisierung der Industrieverwaltung seit 1957 beschäftigt. Dabei geht es ihr um die Maßnahmen, mit denen das auf den Produktionszweigen basierende Prinzip der Produktionssteuerung durch das territoriale Prinzip ersetzt wurde. Dass derartige Veränderungen in der Verwaltungsstruktur nicht zwangsläufig alle notwendigen Anpassungen im Bereich der Produktion und der für Letztere maßgeblichen Investitionspolitik nach sich zogen, ist wohl typisch für die strukturelle Behäbigkeit einer Planwirtschaft. Dass schon bald, und erst recht nach der Beendigung der Reform 1965, immer mehr zentralisierende Maßnahmen umgesetzt wurden, dürfte in dieser Hinsicht dem Charakter des sowjetischen Wirtschaftsmodells entsprechen.

Die Aufnahme eines Forschungsberichts zur baltischen Nahrungsgeschichte von Ulrike Plath, die als Stiftungsprofessorin für deutsche Geschichte und Kultur in der baltischen Region ebenfalls am Historischen Institut der Universität Tallinn arbeitet, liefert ein weiteres Zeugnis der Vielfalt der Beschäftigung mit der Vergangenheit an dieser Institution ab. Da zudem das Nordost-Institut in Lüneburg im Einvernehmen mit der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien administrativ die Betreuung dieser Professur übernommen hat, gibt es einen weiteren Grund dafür, Tallinner Forschungsergebnisse in der Lüneburger Zeitschrift zu dokumentieren.

Für die Ermöglichung dieser Publikation sind die Autorinnen und Autoren dieses Heftes namentlich Joachim Tauber, dem Direktor des Nordost-Instituts, sehr dankbar. Für die redaktionelle Betreuung dieser Nummer des „Nordost-Archivs“ war Anja Wilhelmi zuständig, der an dieser Stelle ebenfalls herzlich für ihre professionelle Kooperation gedankt sei.

Die Idee für diese „estnische“ Ausgabe des Nordost-Archivs ist jedoch untrennbar mit Konrad Maier (1958–2013) verbunden. Aufgrund seines unerwarteten Todes vor mittlerweile einem guten Jahr kann er leider dieses Heft nicht mehr in den Händen halten. Wir können nur hoffen, dass es ihm gefallen hätte.

Karsten Brüggemann, Tallinn